

Quelle: oeamtc.at

Adresse: <https://www.oeamtc.at/presse/oeamtc-begruesst-ueberlegungen-zu-verbesserungen-des-wiener-parkraummanagements-33027148>

Datum: 29.03.2024 (Da es immer wieder Änderungen gibt, bitte für aktuelle Infos die Website besuchen.)

ÖAMTC begrüßt Überlegungen zu Verbesserungen des Wiener Parkraummanagements

Landesgesetz könnte neue Möglichkeiten schaffen

"Der heute geäußerte Wunsch nach einem Parkpickerl für alle Wiener in ganz Wien ist emotional nachvollziehbar, aber aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Außerdem würde das nicht zur Lösung an den 'Hot-Spots' führen, weil z.B. sehr viele ins Zentrum fahren, aber nur wenige in die Seestadt", kommentiert ÖAMTC-Jurist Nikolaus Authried die aktuellen Diskussionen über eine Änderung des Wiener Kurzparkzonensystems. Allerdings fordert auch der ÖAMTC bereits seit Jahren Verbesserungen. "Beim aktuellen System kommt es nur zu einer Art Dominosystem, das bereits an vielen Stellen die Stadtgrenze erreicht hat. So spitzt sich mit der Einführung der Kurzparkzone samt Parkpickerl in einem Bezirk die Situation im Nachbarbezirk zu. Ein Lenkungseffekt wird dadurch nicht erreicht", so Authried. Stattdessen brauche es ein Gesamtmodell für Wien, das vom Zentrum ausgehend absteigende Preise für das Parken vorsieht, sowie mehr günstige P&R-Anlagen mit Anbindung an das hochrangige Straßennetz, aber auch einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr, vor allem zu den Tagesspitzen. "So kann man den Kfz-Verkehr möglichst an der Stadtgrenze abfangen, anstatt Insellösungen zu schaffen", erklärt Authried.

Am Stadtrand könnte das kostenpflichtige Parken dann auch deutlich länger als drei Stunden zulässig sein, sogar für einen ganzen Tag, um Pendlern bei einer überfüllten P&R-Anlage das Abstellen im öffentlichen Raum zu ermöglichen. "In sechs von neun Bundesländern gibt es hierfür bereits eigene 'Landesparkgesetze', die flexible Modelle ermöglichen – nun befasst man sich auch in Wien mit einer solchen Lösung", hält Authried fest. Eine solche könne zahlreiche Verbesserungen bringen. Beispielsweise eine Parkberechtigung, die über den Wohnbezirk hinaus auch an einem weiteren Ort – etwa am Arbeitsplatz – gültig wäre. Zudem könnten "Besuchertickets", etwa für Besucher aus anderen Bundesländern, angeboten werden. Darüber hinaus braucht es einen Ausbau des Öffentlichen Verkehrs über die Bundeslandgrenzen hinaus, der den Arbeitszeiten und Lebensgewohnheiten vieler Menschen Rechnung trägt.